

36

83

Union in Deutschland

Bonn, den 10. November 1983

Europas Verantwortung für den Frieden

Freiheitssicherung ist immer auch Friedenspolitik. Und das sollten wir niemals vergessen, wenn in diesen Tagen heftig über den besten Weg zum Frieden gestritten wird. Es geht für uns immer um Frieden und Freiheit. Wir wollen Krieg und Diktatur verhindern, stellte Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Fachkongreß der CDU „Europas Verantwortung für den Frieden“ in Bonn fest (8. November 1983).

Wir sind verpflichtet, unsere Freiheit zu schützen, wenn sie bedroht wird. Wir dürfen uns nicht wehrlos machen gegenüber totalitären Systemen. Wir wissen, daß sie sich herausgefordert fühlen durch die bloße Existenz von Freiheit und Demokratie. Deshalb streben sie nach militärischer Überlegenheit und nach schrankenloser Herrschaft.

Für uns, für die Demokraten des Westens, bleibt Gewaltverzicht ein Wesenselement unserer Politik. Unser Grundgesetz formuliert eine klare Absage an jeden Angriffskrieg. Und das atlantische Bündnis hat in seiner Bonner Erklärung am 10. Juni 1982 erneut bekräftigt: „Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden — es sei denn als Antwort auf einen Angriff.“

(Fortsetzung Seite 2)

■ KONGRESS

Erklärung der EUCD/EVP:
Europäische Christdemokraten
stehen fest zum atlantischen
Bündnis Seite 7

■ INFORMATION

Walter Wallmann: Börner hat die
Wähler betrogen Seite 9

■ WOHNUNGSBAU

Auch im sozialen Wohnungsbau
soll die Förderung des Eigenhei-
mes Vorrang haben Seite 11

■ SOLIDARITÄT

Reden ist Silber —
Helfen ist Gold / Eine Aktion des
Familienministeriums Seite 14

■ STICHWORT

Kohlerunde Seite 15

■ ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Neues Werbemittel Seite 15

■ DOKUMENTATION

Rechtspositionen in der
Diskussion um den NATO-
Doppelbeschluß grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Unsere Entschlossenheit zur Abwehr eines Angriffs, die Verteidigungsbereitschaft der freien Länder des Westens ist auch ethisch geboten, weil sie den Krieg verhindern hilft — und zwar jeden Krieg, nicht nur den mit Atomwaffen.

Vielen Menschen ist es eine schwer erträgliche Vorstellung, daß ausgerechnet die atomare Abschreckung zur Friedenssicherung entscheidend beiträgt. Aber niemand von uns kann an der Tatsache vorbei, daß es diese Waffen, und daß es das Wissen darum gibt, wie sie immer wieder neu hergestellt werden können. Um so größer ist unsere Verantwortung, den Einsatz dieser Waffen zu verhindern.

Die sicherste Garantie dafür ist die atomare Abschreckung. Sie sichert den Frieden, denn sie läßt nur die Wahl zwischen Frieden oder Vernichtung. Sie schaltet Krieg als Mittel der Politik aus, weil es in einem Atomkrieg auf beiden Seiten nur Verlierer geben kann. Auch sowjetische Führer wissen um den Irrsinn eines Atomkrieges, um die Gefahr der Apokalypse. Aber sie streben nach atomarer Überlegenheit, weil sie diese Übermacht als politisches Druckmittel einsetzen wollen.

Das Übermachtstreben der Sowjetunion und ihr Bemühen, ihre Einflußsphäre auszudehnen, sind in vielen Teilen der Welt sichtbar. In Afghanistan und in Südostasien, im Vorderen Orient und in Afrika, in den Staaten Mittelamerikas und in der Karibik. Sie bedient sich dabei vielfach der Truppen ihrer Verbündeten, aber für die unterdrückten Völker macht das keinen Unterschied.

Wir, die Deutschen und Europäer, erkennen in diesen Krisenherden, die die Sowjetunion schafft, nicht nur das Unglück anderer Völker, sondern auch die eigene Bedrohung. Die Sowjetunion will den politischen Sieg im atomaren Frieden. Weil ich Verantwortung für unsere Mitbürger trage,

ist es meine Pflicht, gemeinsam mit unseren Verbündeten dies zu verhindern.

Kein demokratischer Politiker darf in die Lage kommen, seine Entscheidungen unter dem Druck der militärischen Überlegenheit einer Diktatur treffen zu müssen. Wir sollten nicht jene bittere Erkenntnis des britischen Premierministers Chamberlain vergessen, der nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens die englische Ohnmacht gegenüber Hitler im Unterhaus beschrieb. Er sagte: „Die Erfahrung der letzten Tage hat uns nur zu deutlich gezeigt, daß militärische Schwäche diplomatische Schwäche bedeutet.“

Weil wir nicht erpreßbar werden wollen, dürfen wir das Monopol und die Überlegenheit der Sowjetunion im Bereich landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen nicht hinnehmen.

Gerade für uns Europäer sind die von der Sowjetunion aufgestellten SS-20-Raketen gefährlich. Diese Raketen zielen auf europäische Städte, nicht auf amerikanische: Die Sowjetunion will uns Europäer bedrohen und gleichzeitig die USA davon abhalten, uns zu schützen. Die Sowjetunion will mit dem auf West- und Mitteleuropa begrenzten Atomkrieg drohen können. Anders ist es nicht zu erklären, daß die Sowjetunion sich unter allen Umständen das Monopol bei landgestützten Mittelstreckenwaffen in Europa sichern will. Sie will unsere Sicherheit von der Sicherheit der Vereinigten Staaten abkoppeln.

Im Schatten des sowjetischen nuklearen Mittelstreckenpotentials würde Europa, würde vor allem die Bundesrepublik Deutschland zu einer Zone minderer Sicherheit. Dieses Risiko dürfen wir nicht eingehen.

Es hätte unabsehbare Konsequenzen einer politischen und strategischen Instabilität. Die Freiheit und der Friede in Europa wären dann in akuter Gefahr. Deshalb haben wir Europäer — und besonders mein

Vorgänger Helmut Schmidt — die Vereinigten Staaten gebeten, ihren atomaren Schutz für Europa zu verbessern. Der Doppelbeschluß der NATO festigt die Einheit zwischen Europa und Nordamerika, er läßt sowjetische Spaltungsversuche ins Leere laufen. Die Vereinigten Staaten haben damit erneut bewiesen, daß sie sich ihrer Verantwortung für die Sicherheit Europas bewußt sind.

Ich habe volles Vertrauen in die amerikanische Verhandlungsführung in Genf. Wir stehen in ständigen und engen Konsultationen mit unseren amerikanischen Freunden. Es gibt kaum einen unsinnigeren Vorwurf als den, die USA würden in Genf nicht ernsthaft verhandeln. Ich kann die deutschen Sozialdemokraten, die diese Behauptung hierzulande verbreiten, nicht verstehen. Wir wissen aus jahrzehntelanger Partnerschaft, daß wir uns auf unsere amerikanischen Freunde verlassen können.

Wer hat uns denn beim Aufbau unserer Demokratie geholfen, während dem anderen Teil Deutschlands eine Diktatur aufgezungen wurde? Wer hat uns denn beim Wiederaufbau mit dem Marshallplan unterstützt, während im anderen Teil Deutschlands eine rücksichtslose Demontage vorangetrieben wurde? Wer garantiert denn die Sicherheit Berlins, und wer bedroht sie? Und es sind doch die Amerikaner, die in Genf immer neue Kompromißvorschläge unterbreiten, während die Sowjetunion zur gleichen Zeit ungerührt immer neue Raketen aufstellt.

Der Antiamerikanismus, den Teile der SPD und die Grünen in unserem Land verbreiten, ist weit mehr als politische Kritik zwischen selbständigen Partnern. Hinter dieser antiamerikanischen Haltung sind — kaum noch verhüllt — Tendenzen erkennbar, die das Bündnis, die Westbindung und die transatlantische Wertegemeinschaft in Frage stellen.

Antiamerikanismus in der Art, wie er von manchen Sozialdemokraten und

Grünen hierzulande verbreitet wird, ist die geistig-psychologische Vorbereitung für die Politik eines neutralistischen und nationalistischen deutschen Sonderweges.

Seit den Anfängen unserer Republik haben sich die Bürger unseres Landes immer wieder mit eindrucksvoller Mehrheit gegen Experimente dieser Art ausgesprochen. Die Mehrheit ist nicht bereit, das existenzbedrohende Risiko einzugehen, das ein solcher Sonderweg für die Sicherheit, für die Freiheit und für das Wohlergehen unseres Landes heraufbeschwören würde.

Nicht von ungefähr hat Professor Hartmut Jäckel seine sozialdemokratischen Parteifreunde vor kurzem aufgerufen, sie sollten doch Schluß machen mit der „egozentrischen Pflege einer antiamerikanisch eingefärbten Aussteigermentalität“.

Wir haben keinen Grund, an der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Verhandlungswillens zu zweifeln. Aber wir haben allen Grund, die Sowjetunion aufzufordern, endlich ihre Blockade der Genfer Verhandlungen aufzugeben und ihre Raketen zu verschrotten, anstatt sie ständig zu vermehren.

Manche verlangen vom atlantischen Bündnis, es solle den ersten Schritt wagen, um zu echter Abrüstung zu kommen. Tatsächlich aber ist der Westen auf diesem Weg seit vielen Jahren immer wieder als erster vorangegangen. Immer wieder haben wir den ersten Schritt getan. Dies gilt für kein Angebot mehr als für den NATO-Doppelbeschluß selbst. Er ist nichts anderes als ein Fahrplan zur Abrüstung.

Obwohl die Sowjetunion seit Jahren aufgerüstet und vor allem neue Mittelstreckenraketen stationiert hat, hat der Westen nicht mit einer automatischen Gegenrüstung geantwortet, sondern Verhandlungen angeboten. Wir wollen durch Verhandlungen zur Abrüstung kommen.

Mit dem Doppelbeschluß hat das nordatlantische Bündnis für die Dauer

von vier Jahren darauf verzichtet, die sowjetische Vorrüstung mit der Aufstellung gleichwertiger Waffen zu beantworten. Er hat damit eine einseitige Vorleistung erbracht, die in der Geschichte ohne Beispiel ist.

Wir wollen gleiche Sicherheit mit weniger Waffen. Deshalb werden wir auch im Falle der Nachrüstung für jede neu aufgestellte Rakete eine der in Europa schon vorhandenen beseitigen. Die vom atlantischen Bündnis vorgeschlagene Null-Lösung könnte landgestützte atomare Mittelstreckenraketen sogar ganz aus Europa verbannen.

Bis zum heutigen Tag ist unsere Vorleistung auf östlicher Seite leider ohne Antwort geblieben. Die Sowjetunion ist auf unsere Angebote bisher nicht eingegangen. Sie hat im Gegenteil, auch seit in Genf verhandelt wird, Woche für Woche neue Raketen aufgestellt.

In der Sowjetunion sind jetzt 360 SS-20-Raketen mit mehr als 1 000 Sprengköpfen installiert. Westeuropa wird von mehr als 700 Sprengköpfen bedroht, auf Länder Asiens sind mehr als 350 gerichtet.

Das westliche Bündnis ist auf zentrale Anliegen der Sowjetunion eingegangen. Alle Elemente für ein faires und ausgewogenes Abkommen liegen auf dem Tisch. Eine Verhandlungslösung in Genf ist jetzt keine Frage der Zeit, sondern nur eine Frage des sowjetischen Verständigungswillens.

Der Westen ist bereit, auf die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen auch jetzt noch zu verzichten, wenn die Sowjetunion ihre Raketen abbaut. Aber wir bestehen darauf, daß sie verschrottet und nicht einfach in den asiatischen Teil der Sowjetunion verlagert werden, wo sie unsere japanischen Freunde bedrohen würden.

Der Westen bleibt bei seinem Angebot, die Verhandlungen fortzusetzen und im Falle eines entsprechenden Ergebnisses nach 1983 zwischenzeitlich aufgestellte Systeme wieder zu entfernen. Ich bin zu-

versichtlich, daß die Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft der Sowjetunion steigt, wenn klar bleibt, daß ihr Überlegenheitsstreben keinen Erfolg hat. Nur die Standfestigkeit der freien Völker des Westens kann totalitären Staaten ihre Grenzen zeigen.

Wer jetzt „nein“ zur Nachrüstung sagt, ermuntert die Sowjetunion „nein“ zu sagen zur Abrüstung. Wer jetzt sagt „nachverhandeln“ statt „nachrüsten“, der verschließt die Augen vor der Tatsache, daß die Sowjetunion, während sie in Genf verhandelt, ohne jede Rücksicht weiter ausgerüstet hat. Gegen die Bedrohung durch Raketen kann es auf Dauer keine Sicherheit durch Worte geben. Es ist doch unsinnig zu verlangen, daß wir nachverhandeln statt nachzurüsten, während die Sowjetunion weiterverhandelt und weiterrüstet.

Manche unserer Mitbürger zweifeln am Prinzip der Abschreckung. Aber die Forderung nach einem Gleichgewicht der Kräfte ist ein politisches Prinzip, das sich durch seine friedenerhaltende Wirkung auch moralisch rechtfertigt. Es erkennt die Aggressivität der Menschen und Staaten und folgert daraus die Notwendigkeit, hier Schranken zu setzen.

Ich verstehe die Sorge vieler Menschen um den Frieden. Und es ist ganz natürlich, daß sie diese Sorge in der Öffentlichkeit — etwa durch friedliche Demonstrationen — zum Ausdruck bringen. Das ist ihr demokratisches Grundrecht.

Uns allen gemeinsam ist die Sehnsucht nach Frieden. Aber wir können nicht erwarten, daß wir in einer so bewegenden und zugleich so schwierigen Frage von vornherein alle derselben Meinung sind. Niemand hat jedoch das Recht, seinem Nächsten den Friedenswillen und die Ernsthaftigkeit seiner Gewissensprüfung abzusprechen.

Ich habe Respekt vor der Haltung eines überzeugten Pazifisten, der etwa aus der

Bergpredigt seine ganz persönliche Konsequenz zieht. Aber ebenso entschieden weise ich jeden moralischen Alleinvertragsanspruch der sogenannten Friedensbewegung zurück.

Alle Deutschen wollen den Frieden, die in den Kasernen ihren Friedensdienst tun genauso, wie diejenigen, die vor den Kasernen demonstrieren. Ich begrüße ausdrücklich, daß die großen Veranstaltungen verschiedener Friedensgruppen am 22. Oktober weitgehend friedlich verlaufen sind. Dazu hat vor allem auch die Besonnenheit unserer Polizei beigetragen.

Aber jeder einzelne Teilnehmer an diesen Demonstrationen sollte sich fragen: Was könnte die Sowjetunion — nach allem, was wir von ihr wissen — zur Beseitigung ihrer SS-20-Raketen bewegen, wenn der Westen auf die Nachrüstung bedingungslos verzichten würde? Geht es nicht in Wahrheit vielen, die zu diesen Demonstrationen aufrufen, um mehr als die Ablehnung der Nachrüstung, nämlich um den Austritt unseres Landes aus der NATO? Hat Heinrich Böll nicht recht, wenn er meint, Kommunisten hätten zuviel Einfluß in den Friedensgruppen? Jeder, der den NATO-Doppelbeschluß ablehnt — und sei es auch aus unbestritten ehrenhaften Motiven —, muß sich diesen Fragen stellen.

Und jedem muß auch klar sein, daß es gegen die demokratisch legitimierte Entscheidung der Mehrheit kein „Widerstandsrecht“ gibt. Gewerkschaften, Kirchen und viele verantwortungsbewußte Wissenschaftler haben darauf dankenswerterweise klar hingewiesen. Im Streit um den äußeren Frieden darf der innere Frieden nicht aufs Spiel gesetzt werden. Ich verkenne nicht die Gefahren eines Rüstungswettlaufs. Es ist seit langem unser gemeinsames Ziel, einen Abbau der Rüstungen auf allen Seiten zu erreichen. Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Das ist auch das Ziel der

neuen Vorschläge des amerikanischen Präsidenten für den strategischen Bereich, bei den sogenannten START-Verhandlungen.

Ich begrüße diese Initiative ausdrücklich. Sie macht erneut deutlich, daß niemand im Westen, weder in den USA noch hier bei uns, raketensüchtig ist. Was wir wollen ist Frieden und Freiheit, Sicherheit durch Gleichgewicht.

Es ist notwendig, sinnvoll und möglich, auch in schwierigen Zeiten den Dialog zwischen Ost und West über Fragen der Sicherheit und Abrüstung fortzusetzen. Dazu gehört auch das Gespräch über Vertrauensbildung in Europa. Hier liegt eine große Chance der „Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“, die im Januar in Stockholm beginnt.

Wirksame und konkrete Schritte zur Festigung des Vertrauens könnten in Europa ein echtes Mehr an Sicherheit herbeiführen. Im Interesse des Friedens und der Menschen werden wir uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen.

Wir streben den Aufbau einer stabilen internationalen Ordnung an, die allen Menschen die Chance zur Freiheit gibt. Ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg ist die Einigung Europas:

Wenn es uns nicht gelingt, noch in diesem Jahrzehnt einen entscheidenden Schritt auf diesem Weg zur politischen Einigung Europas voranzugehen, verspielen wir eine geschichtliche Chance und verweigern uns dem Auftrag unserer Generation.

Abrüstung in Europa

Sir Henry Plumb, Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Demokraten im Europäischen Parlament, sagte auf dem Kongreß u. a.:

Jeder Mensch haßt den Krieg, denn „im Frieden beerdigen die Jungen die Alten,

im Krieg beerdigen die Alten die Jungen". Der Krieg bedeutet die Umkehrung aller normalen menschlichen Wertvorstellungen und der Atomkrieg kann noch ungeborene Generationen treffen. Das Erkennen der Kriegsschrecken ist nicht auf eine bestimmte politische oder religiöse Richtung begrenzt.

Kriegshaß kann zum Pazifismus führen, aber es gibt Dinge, bei denen es falsch wäre, sie in einem Krieg nicht zu verteidigen zu wollen: Die Verteidigung einer freiheitlichen Demokratie in Westeuropa ist trotz aller ihrer Fehler solch ein Anliegen. Pazifismus kann auch destruktiv sein, indem er erlaubt, daß unsere Gesellschaftsform untergeht.

Es wird oft die Frage gestellt, ob es besser ist, „rot oder tot“ zu sein, aber das Ziel einer öffentlichen Politik muß es sein, beides zu vermeiden, so wie es in Westeuropa seit 1945 ja schon geschehen ist.

Die Europäische Gemeinschaft und das Parlament können als eindrucksvolles und ermutigendes Beispiel gelten für die Fähigkeit des Menschen, in Frieden zusammenzuleben. Aus Krieg und Zerstörung geboren, hat die Gemeinschaft eine besondere Rolle im Prozeß der Friedenssicherung zu spielen, sowohl durch ihr Beispiel als auch durch ihren politischen Beitrag zur westlichen Allianz.

Den europäischen Pfeiler der Allianz stärken

Pierre Werner, Ministerpräsident von Luxemburg, erklärte auf dem Kongreß:

Die Verteidigung Westeuropas ist unter den gegebenen geopolitischen und machtpolitischen Umständen nur glaubwürdig gesichert, wenn sie sich auf das militärische Potential der transatlantischen Partner, nämlich der Vereinigten Staaten und Kanadas stützen kann. Trotzdem sollte es möglich sein, eine selbstbewußtere, besser integrierte europäische Sicherheitspolitik aufzubauen und dadurch den

europäischen Pfeiler der westlichen Allianz zu stärken.

Zur ersten Feststellung ist zu sagen, daß die Konfrontation der Supermächte in Europa wohl nicht so bald zu Ende gehen wird, weil sie eine Auseinandersetzung auf Weltebene zwischen zwei Ideologien darstellt, welche unvereinbar scheinen, nämlich das totalitäre System einerseits und die westliche Demokratie andererseits.

Eine europäische Verteidigung müßte auch wie die NATO und noch mehr als die NATO ein vollständig integriertes Kommando aufweisen. Ein derartiges System setzt einen einheitlichen politischen Willensausdruck voraus, praktisch mithin eine europäische Föderation mit einer gemeinschaftlichen Regierung, mit einem europäischen Oberkommandierenden, der über sämtliche Truppen verfügen könnte. Die Vereinigten Staaten Europas müßten baldigst verwirklicht werden. Die scheint jedoch in diesem Augenblick außer Reichweite.

Der unrealistische Charakter einer autonomen und integrierten europäischen Verteidigung, ohne Beteiligung der USA, würde die Sicherheit in Europa nicht erhöhen, sondern schwächen und entweder den Frieden auf unserem Kontinent bedrohen oder die europäischen Länder in größerer politischer Abhängigkeit der Sowjetunion bringen.

Unsere europäischen Demokratien können einfach nicht auf gleiche Distanz zu den Supergroßmächten gehen, sie gehören ins Lager der freien Demokratien, sogar wenn wir Meinungs- und Handlungsunterschiede mit den Vereinigten Staaten aufweisen und über die Blockpolitik sowie die Methoden der Sowjetunion anzugehen, wir unsere eigenen Gedanken haben.

Eine europäische Identität bei der Formulierung einer Sicherheitspolitik im Rahmen einer Westallianz ist mehr wie je notwendig. Den Verfechtern des „lieber rot als tot“ halten wir die These entgegen, „Weder rot noch tot“.

Erklärung der EUCD/EVP

Europäische Christdemokraten stehen fest zum atlantischen Bündnis

Unter der Leitung ihres Präsidenten, Kai-Uwe von Hassel, verabschiedete die gemeinsame Kommission „Sicherheit und Verteidigung“ der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) und der Europäischen Volkspartei (EVP) eine Erklärung für Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit. Die Erklärung formuliert eine einheitliche Position der europäischen Christdemokraten in wichtigen Fragen der Sicherheitspolitik; sie wird auch von den holländischen Christdemokraten getragen.

Damit haben die europäischen Christdemokraten einen maßgeblichen Beitrag zur Festigkeit und Klarheit im westlichen Bündnis geleistet. Besonderes Gewicht haben die europäischen Christdemokraten in ihrer Erklärung auch auf die ethische Begründung der gemeinsamen westlichen Sicherheitspolitik für Frieden und Freiheit gelegt.

Mitautoren der Erklärung waren u. a. der stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Albrecht Martin und Prof. Teunissen, ein führender Vertreter der niederländischen katholischen Laienbewegung.

Der Beschluß der europäischen Christdemokraten beschäftigt sich vor allem mit drei Themenbereichen:

- die Begründung des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979,
- die Frage der Rüstungskontrolle und
- die moralische Verantwortung der Politik der europäischen christlich-demokratischen Parteien.

„Den Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit zu wahren und zu fördern ist unsere höchste politische Pflicht“ heißt es im Beschluß der Kommission.

Die gegenwärtig in der Bevölkerung einiger Mitgliedsstaaten der NATO im Zusammenhang mit dem Brüsseler Doppelbeschluß geführte Diskussion ist für die europäischen christlich-demokratischen Parteien Anlaß, erneut und mit allem Nachdruck hervorzuheben, daß sie das atlantische Bündnis als Ausdruck der gemeinsamen Entscheidung für eine freiheitliche, der Würde des Menschen entsprechende Ordnung betrachten und als Mittel zum Schutz dieser Ordnung.

Eine Infragestellung des Bündnisses ist für die EVP daher ein Infragestellen der politischen Grundentscheidung: seine Schwächung bedeutet eine Beeinträchtigung des Schutzes von Frieden und Freiheit. Die christlich-demokratischen Parteien Europas führen ihre Politik in der Erkenntnis, daß im Atomzeitalter die internationale Sicherheit auf dem Prinzip der Abschreckung beruht:

„Als reines Verteidigungsbündnis sichert die NATO den Frieden dadurch, daß sie militärische Kräfte bereithält, die jeden denkbaren Angreifer vom Einsatz seiner Militärmacht abzuschrecken in der Lage sind. Ziel der Abschreckung ist es, das Eintreten des Verteidigungsfalles zu verhindern. Je glaubhafter sie ist, um so unwahrscheinlicher ist das Eintreten des Verteidigungsfalles. Angesichts der atomaren Hochrüstung geht die friedensichernde Funktion der Abschreckung weit über die Möglichkeiten von Verteidigungsanstrengungen unter den Voraussetzungen rein konventioneller Bewaffnung hinaus.“

Einseitige Abrüstung und eine Politik des Friedens um jeden Preis rufen das Gegenteil von dem hervor, was erhofft oder beabsichtigt wurde. Abrüstung muß deshalb gegenseitig und ausgewogen und durch eine ausreichende Kontrolle gesichert sein. Im Beschluß der Kommission heißt es dazu:

„Der Doppelbeschluß von Brüssel vom Dezember 1979 eröffnet die Möglichkeit, durch Verhandlungen zu einer gleichmäßigen und kontrollierten Abrüstung zu kommen. Da nur ein globales Gleichgewicht der Kräfte den Frieden sichert, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, dieses Gleichgewicht durch Abrüstung der bedrohenden Raketen der UdSSR oder durch Aufstellung entsprechender Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Mitgliedsstaaten der NATO in Europa wieder herzustellen. Die EVP sieht in diesem Vorschlag eine wichtige Chance zur Sicherung von Frieden und Freiheit.

Der Doppelbeschluß ist zugleich ein Ausdruck atlantischer und europäischer Solidarität: Die USA kräftigen durch Aufstellung von Mittelstreckenraketen in Europa die Bindung ihrer Sicherheit an die der europäischen Mitglieder, und die europäischen Mitglieder bezeugen ihre Solidarität durch gemeinsame Mitwirkung bei der Aufstellung der Raketen, wenn die Verhandlungen in Genf ohne Erfolg bleiben sollten.“

Angesichts der ungeheuren Vernichtungspotentiale und unter der Befürchtung des Ausbruchs eines alles vernichtenden Krieges ist es verständlich, daß die Menschen drängender denn je den Frieden fordern. Die Legitimation dieser Forderung steht außer Frage, ihre moralische Begründung wird auch von der EVP geteilt. Wo die Friedensbewegung jedoch den bedingungslosen Verzicht auf Nachrüstung fordert, bewirkt sie durch die von ihr geforderte Hinnahme der Überrüstung der UdSSR eine Zerstörung des Gleichgewichts und damit die Destabilisierung des Friedens.

Im Beschluß der Kommission heißt es dazu: „Für alle Mitglieder der EUCD/EVP sind solche Argumente zur Problematik der Sicherheitspolitik besonders bedeutsam, die von Christen unter Berufung auf ihre Glaubensüberzeugung vorgetragen werden. Wir halten jedoch den Anspruch, daß es aus dieser Glaubensüberzeugung nur die Möglichkeit einer strikten Verweigerung jeder Abschreckung oder jeder Nachrüstung gebe, weder für theologisch begründet noch für politisch klug.“

Die Mitglieder der EUCD und der EVP stimmen mit allen Menschen, denen es wirklich um Frieden geht, darin überein, daß die Rüstungsausgaben auch im Interesse der Hungernden in der Welt nicht wachsen dürfen, sondern abgebaut werden müssen. Dazu müssen in erster Linie politische Spannungen abgebaut werden, wo Mißtrauen schwindet, verlieren Waffen ihre bedrohliche Macht. Das aber kann nur durch gleichmäßige, kontrollierte Abrüstung, nicht durch destabilisierende einseitige Verzichtleistungen geschehen. Nur wenn Frieden in Freiheit erhalten bleibt, kann es gelingen, den Hunger in der Welt zu überwinden.

„Um den Frieden zu erhalten, treten die Mitglieder der EUCD und der EVP mit allem Nachdruck dafür ein,

- in den Verhandlungen in Genf zu einem Ergebnis zu kommen, durch das eine glaubwürdige Abschreckung auf dem Gebiet der Kernwaffen im Mittelstreckenbereich geschaffen wird,
- an der Verbindlichkeit des Brüsseler Beschlusses unbedingt festzuhalten,
- durch weitere Verhandlungen zu einer schrittweisen, gleichmäßigen, kontrollierten Abrüstung zu gelangen,
- vertrauensbildende Maßnahmen zu unterstützen im Rahmen einer funktionsfähigen Sicherheitspolitik,
- die Einigung Europas zu fördern, auch um die atlantische Gemeinschaft zu stärken.“

INFORMATION

Walter Wallmann: Börner hat die Wähler betrogen

Als einen „Wählerbetrug sondergleichen“ hat der hessische CDU-Vorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann die Absicht des SPD-Landesvorsitzenden und des SPD-Landesparteitages bezeichnet, eine dauerhafte Zusammenarbeit mit den Grünen zu erreichen. Wallmann erinnerte daran, daß Börner noch vier Tage vor der Hessenwahl, nämlich am 21. September, gesagt hatte: „Die Grünen stehen für mich außerhalb jeder Kalkulation. Ich schließe nicht nur eine Koalition, sondern auch eine Zusammenarbeit mit ihnen aus.“

Nun sei die SPD, so Wallmann, zur Zusammenarbeit und zur Wahl eines Ministerpräsidenten Börner mit Hilfe der Grünen bereit, obwohl Börner unzweideutig und immer wieder gesagt habe, er werde sich auf gar keinen Fall von den Grünen zum Regierungschef wählen lassen. Nach Ansicht des CDU-Politikers müssen sich angesichts der ständig wiederholten und eindeutigen Äußerungen Börners über die Grünen nun die Wählerinnen und Wähler „verhöhnt und verschaukelt“ vorkommen.

In einem Interview mit dem „Express“ sagte Heiner Geißler zu den Vorfällen in Hessen:

„Die neue Koalition in Hessen entspricht genau dem Modell, das die SPD unter Führung von Willy Brandt bundesweit anstrebt. Damit setzt die SPD ihren Charakter als Arbeiterpartei endgültig aufs Spiel. Denn es ist eine Koalition mit mo-

dernen Maschinenstürmern, die das Nullwachstum wollen.“

Express:

Der Schritt wird mit staatspolitischen Notwendigkeiten begründet . . .

Geißler:

„Den Versuch einer Koalition mit der CDU hat Börner doch gar nicht ernsthaft unternommen. Statt dessen hat er einen Salto mortale vollzogen. Und ‚mortale‘ ist durchaus wörtlich zu verstehen: Dieser Schritt wird das politische Ende der Sozialdemokraten in Hessen herbeiführen. Denn mit den Grünen kann man keine Politik im Interesse der Arbeitnehmer machen. Mit dieser Kehrtwendung um 180 Grad hat Börner seine frühere Geradlinigkeit aufgegeben.“

Express:

Aber er bekam großen Beifall von seiner Basis . . .

Geißler:

„Die Entwicklung der SPD hin zu einer Gruppierung, die die NATO und die repräsentative parlamentarische Demokratie in Frage stellt, ist sehr bedenklich. Wir sehen mit Sorge, wie sich diese große traditionsreiche Partei inhaltlich verändert.“

Die SPD ist international schon isoliert, sie wird sich jetzt weiter isolieren. Denn die Grünen werden sich nicht der SPD anpassen, sondern umgekehrt: die SPD nähert sich den Grünen an.

Das kann man doch hier in Bonn schon sehen. Vor vier Jahren war die SPD für den NATO-Doppelbeschluß, die Grünen dagegen. Jetzt sind die Sozialdemokraten auch dagegen, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sie mehrheitlich raus aus der NATO wollen.

Ein gefährlicher Weg, wenn diese Koalition von Roten und Grünen bundesweit eine Mehrheit bekäme. Dies würde die Bundesrepublik in eine ungewisse Zukunft führen.“

Union billigt Kompromiß zum Mutterschaftsgeld

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Koalitionskompromiß gebilligt, wonach das Mutterschaftsgeld ab 1984 von derzeit 750,— DM monatlich auf 510,— DM gesenkt, aber weiterhin vier Monate lang gezahlt werden soll. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung wurde auch beschlossen, daß bei der Sozialhilfe die Unterhaltspflicht für bedürftige Familienmitglieder nicht ausgeweitet wird.

Verzichtet werden soll auch auf die Einführung von Karenztagen beim Schlechtwettergeld am Bau, die zu Lasten der Arbeitgeber gegangen wären. Danach hätten die Arbeitgeber die Kosten für das Schlechtwettergeld für den jeweils ersten Tag jeden Monats übernehmen müssen. Der Ausfall der beabsichtigten Einsparung in Höhe von 100 Millionen DM soll durch eine Änderung beim Zuschußsystem in der Winterbauförderung ausgeglichen werden.

Horrorzahlen der SPD entbehren jeder Grundlage

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Monat Oktober stimmt trotz des Anstiegs der absoluten Zahl der Arbeitslosen um 13600 optimistisch. Der Kündigungstermin für Angestellte und das Saisonende in einzelnen Gewerbezweigen haben nicht zu einem gravierenden Anstieg der Arbeitslosenzahlen geführt, wie er in den Vorjahren zu verzeichnen war.

Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen erheblich zurückgegangen. Wie schon im Vormonat ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen nochmals um über 12000 zurückgegangen und liegt jetzt sogar unter dem Stand des Vergleichsmonats im letzten Jahr. Auch die Zahl der arbeitslosen Frauen ist im Oktober zurückgegangen, und zwar sowohl

absolut als auch saisonbereinigt. Mit 548000 liegt die Zahl der Kurzarbeiter um rund 300000 niedriger als im Oktober letzten Jahres. Auch bei den offenen Stellen zeichnet sich mit dem saisonbereinigten Anstieg ein günstigeres Bild.

Damit setzte sich auch im Monat Oktober die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt fort. Bereits jetzt läßt sich erkennen, daß im Jahresdurchschnitt 1983 die Arbeitslosenzahl unter der von der Bundesregierung dem Haushalt 1983 zugrunde gelegten Zahl von 2,35 Millionen liegen wird. Die von der SPD propagierten Horrorzahlen von über drei Millionen Arbeitslosen entbehren jeder Grundlage.

Türkei: Das Volk hat seine Chance genutzt

Der Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) und Berichterstatter für die Fragen der Türkei im Europäischen Parlament, Kai Uwe von Hassel, erklärte zu den Wahlen in der Türkei: Der entscheidende Schritt zur Wiederaufrichtung der Demokratie ist getan, die Zeit der militärischen Übergangsregierung geht zu Ende. Das türkische Volk hat seine Chance der freien Entscheidung genutzt. Man kann unterstellen, daß die neugewählten Abgeordneten den schon in der verfassunggebenden Versammlung erkennbaren Trend fortsetzen werden und sich in der künftigen Arbeit als Souverän des Volkes und nicht als Befehlsempfänger der Generäle verhalten werden.

Damit dürfte nunmehr auch der Widerstand zu Ende gehen, der im linken europäischen Lager unverändert gegen die Fortsetzung der Hilfe für die Türkei vorgebracht wurde. Europa insgesamt und die einzelnen Staaten im freien Teil des Kontinents sollten nunmehr dem türkischen Volk und seinen neugewählten demokratischen Organen die erforderliche Unterstützung und Hilfe zuteil werden lassen.

WOHNUNGSBAU

Auch im sozialen Wohnungsbau Vorrang für Förderung des Eigenheims

Der Wohnungsbau ist in einer stetigen Aufwärtsentwicklung begriffen. Nach den vorliegenden Daten ist die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen im Zeitraum von Januar bis August 1983 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um rund 25 Prozent gestiegen, bei den Einfamilienhäusern um fast 28 Prozent. Dabei ist, so Staatssekretär Friedrich Adolf Jahn, das 2,5-Milliarden-DM-Sonderprogramm der Bundesregierung noch nicht voll zum Tragen gekommen.

Jahn warnte davor, die jetzt allenthalben zu beobachtende Ungeduld mit der Wohnungsbaupolitik zur Richtschnur soliden politischen Handelns zu machen. Die massiven Besserungstendenzen im Wohnungsbau würden sich erfahrungsgemäß mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung in der Bauproduktion niederschlagen. Auch arbeite das Bundesbauministerium zur Zeit mit Hochdruck an einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau, deren Schwerpunkt bei der Eigenheimförderung liegen müsse.

Der Staatssekretär äußerte sich auch zu den Problemen des sozialen Wohnungsbaus und unterstrich, daß es nicht darum gehen könne, weniger Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu fördern. Er stimme mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Echternach darin überein, daß hierbei die Förderung des Eigenheimbaus Vorrang haben müsse. Dies sei die erklärte Politik der Bundesregierung

und in diese Richtung zielten sowohl die Arbeiten der Bundesregierung an einer Verbesserung der steuerlichen Förderung des selbstnutzenden Eigenheimers als auch Überlegungen zu einer Überprüfung des sozialen Wohnungsbaus.

Man solle aber nicht dem Irrtum verfallen, die Mittel für das Normalprogramm im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus müßten deshalb gekürzt werden. Es gebe gute Gründe, den sozialen Wohnungsbau im Rahmen einer marktwirtschaftlich orientierten Wohnungspolitik mit sozialer Absicherung weiterzuführen.

Dazu bedürfe es aber einer Überprüfung seiner Leistungsfähigkeit und seiner sozialen Treffsicherheit. Diese Überprüfung müsse sich auf das notwendige Volumen, auf die Gewichtsverteilung zwischen Mietwohnungsbau und Eigenheimbau und auf die Ausgestaltung der Förderung erstrecken. Trotz der erreichten Verbesserungen der Wohnungsbauleistung gebe es nach wie vor Gruppen von Wohnungssuchenden, die sich am Markt nicht ausreichend versorgen könnten. Hier müsse der Staat nach wie vor gezielt mit sozialem Wohnungsbau und Wohngeld helfen.

Oscar Schneider, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, gab dem Deutschlandfunk folgendes Interview (gekürzt) zur Wohnungsbaupolitik:

Deutschlandfunk:

Herr Minister Schneider, im Vordergrund der von der Bundesregierung vor einem Jahr beschlossenen Maßnahmen zur Wie-

derbelebung der Wirtschaft stand die Förderung des Wohnungsbaus. Die Stichworte dazu lauten: Sonderprogramm, Bau-sparzwischenfinanzierung und Steuervergünstigungen für Eigentum durch verbesserten Schuldzinsenabzug. Ziel war es damals, ein zusätzliches Bauvolumen von 70000 bis 100000 Wohnungen auszulösen und bis zu 200000 Arbeitsplätze zu sichern oder neu zu schaffen. Kann man sagen, daß diese Ziele erreicht werden?

Schneider:

Das kann man in jedem Fall sagen. Die Auswirkungen der Maßnahmen lassen sich sowohl im sozialen Wohnungsbau als auch bei der Entwicklung der Baugenehmigungen ablesen. Wir haben in den ersten acht Monaten 1983 gegenüber den vergleichbaren Vormonaten im Jahr 1982 ein Mehr an Baugenehmigungen um 24,8 Prozent. Wir werden 1983 280500 Baugenehmigungen gegenüber 225000 im Vergleichszeitraum 1982 haben. Die letzte Zahl an Baugenehmigungen im August 1983 im Verhältnis zu August 1982 bringt sogar eine Steigerung der Genehmigungszahlen bis zu 31,4 Prozent. Und was für mich besonders wichtig und erfreulich ist, die Steigerungsrate bei Einfamilienhäusern liegt sogar bei 37,5 Prozent.

Deutschlandfunk:

Also der Wohnungsbau hat sich belebt, er nimmt weiter zu, er steigert sich. Nun lag aber im Bauhauptgewerbe die Beschäftigung im Juli um 2,4 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. Also ist es um das Beschäftigungsziel wohl nicht so ganz zum besten bestellt?

Schneider:

Das Bauhauptgewerbe erstreckt sich natürlich auf alle Branchen: auf den Wohnungsbau, auf den öffentlichen Hochbau, auf den öffentlichen Tiefbau und auf den gewerblichen Bau. Hier ist es in der Tat so, daß die Haushaltslage bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden eine Reduzierung der Bauleistungen zur Folge hatte. Das heißt, die Gemeinden bauen

weniger Straßen, Kanäle, es wird weniger erschlossen. Auch der Bund und die Länder als Träger von Baumaßnahmen haben hier die Quote der Jahre 1981, 1982 im Augenblick noch nicht erreicht.

Deutschlandfunk:

Also wird es schwer sein, die Beschäftigung im Bauwesen insgesamt zu steigern?

Schneider:

Die Steigerung wird jedenfalls mittelfristig wieder zunehmen. Tatsache ist, daß der Konjunkturträger am Baumarkt der Wohnungsbau ist, insbesondere die Maßnahmen im Eigentumsbereich. 80 Prozent unserer Wohnungsbauleistungen sind Leistungen im Eigentumsbereich.

Deutschlandfunk:

Ein weiteres Ziel, Herr Minister Schneider, war es ja, durch Lockerung des Mietrechts auch den Mietwohnungsbau zu beleben. Zeichnen sich hier positive Resultate ab?

Schneider:

Hier darf ich daran erinnern, daß die Novelle zum Mietrecht monatelang den Wahlkampf zum 6. März 1983 beherrscht und teilweise auch vergiftet hat. Die Gegner dieser Maßnahme, dieser Mietrechtsnovelle haben behauptet, wir werden Mietsteigerungen von 30, 70, ja 100 Prozent bekommen. Es wurde also eine katastrophale Entwicklung zu Lasten der sozial Schwachen prophezeit. Tatsache ist, die Mietsteigerungen lagen vom Beginn des Jahres 1983 an konstant zwischen fünf und sechs Prozent. Dies entspricht im Durchschnitt den vergangenen zehn Jahren. Ich habe auch während des Wahlkampfes immer behauptet, die Mietentwicklung werde sich im Bundesdurchschnitt bei der Entwicklung der Lebenshaltungskosten einpendeln. Ich gebe zu, daß ich mich in diesem Punkt getäuscht habe. Erfreulicherweise liegt die Steigerung der Lebenshaltungskosten etwa bei drei Prozent. Das hat natürlich zur Folge, daß die

Haushaltungen wegen der minderen Ausgaben zum Lebensunterhalt die leicht gestiegenen Mietkosten leichter finanziell verkraften können.

Einen Höchststand erreichte die Mietsteigerung beispielsweise im April mit 5,8 Prozent. Inzwischen ist aber die Mietsteigerung im September wieder auf 5,2 Prozent zurückgegangen. Das heißt, wir haben eine fallende Tendenz. Und ich kann bei Fortsetzung dieser Entwicklung davon ausgehen, daß die Mietsteigerung im Durchschnitt 1983 unter fünf Prozent liegt. Dabei ist aber noch ganz wesentlich: Wir müssen unterscheiden zwischen der Entwicklung der Sozialmieten und der Neubaumieten. Die Steigerungsrate bei den Neubaumieten, darf ich sagen, ist insgesamt 4,7 Prozent. Das bedeutet also, daß auch hier eine Entwicklung unter fünf Prozent vorliegt, wobei es sich bei den Neubaumieten um Wohnungen handelt, die nach 1948 fertiggestellt worden sind.

Deutschlandfunk:

Nun werden ja auf jeden Fall die Sozialmieten weiter steigen. Das Bundeskabinett hat ja kürzlich beschlossen, die Pauschale für die Instandhaltungskosten zu erhöhen, und zwar um 25 bis 35 Pfennig je Quadratmeter Wohnfläche pro Monat. War diese Maßnahme wirklich unvermeidlich, wenn man bedenkt, daß die Sozialmieten ja ohnehin in letzter Zeit gestiegen sind?

Schneider:

Wir haben eine Steigerung der Sozialmieten um etwa 6,1 Prozent. Aber auch hier haben wir eine etwas fallende Tendenz. Diese Mietsteigerungen gehen auf ein Gesetz zurück, das die Koalition SPD/FDP 1981 eingebracht hat. Diese Regelung wurde schließlich in der Endfassung durch den Vermittlungsausschuß verabschiedet und ist zum 1. Januar 1982 in Kraft getreten. Also die jetzige Bundesregierung, die jetzige Regierungskoalition, die jetzige parlamentarische Mehrheit hat mit der Steigerung der Sozialmieten politisch nichts zu tun.

Deutschlandfunk:

Nun sind ja die sozialen Mieten teilweise inzwischen schon so hoch, daß man sie kaum noch als soziale Mieten bezeichnen kann. Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Schneider:

Es ist festzustellen, daß die Sozialmieten, insbesondere die Sozialwohnungen, die in den 70er Jahren gebaut worden sind — zum Teil nicht mehr durch Zuschüsse heruntersubventioniert auf Bewilligungsmieten, die in der Zone der sozialen Vertretbarkeit liegen, sondern die finanziert worden sind durch degressiv gestaffelte Zinsaufwendungsbeihilfen —, in dem Maße, in dem diese Zinsaufwendungsbeihilfen nach dem Finanzierungsplan auslaufen, Mieten erreichen ohne Nachsubventionierung, die weit über sechs und sieben DM liegen. Und hier gibt es eine echte Problematik. Ich habe seit Jahren vor dieser Entwicklung gewarnt. Diese Mieten, diese Wohnungen können von den eigentlich Bezugsberechtigten, die also nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz einen Anspruch auf eine Sozialmiete haben, gar nicht mehr bezogen werden, weil sie dazu nicht mehr in der Lage sind . . .

Deswegen bin ich dabei, die Wohnungsbauförderung im sozialen Bereich grundlegend umzustrukturieren. Wir können nicht mehr Wohnungen dieser Art bauen, die Steigerungsraten haben, die weit über der jetzigen Bewilligungsgrenze von etwa sechs DM liegen werden. Deswegen muß der soziale Wohnungsbau, was ja das Gesetz immer schon vorgesehen hat, verstärkt die Eigentumsförderung zum Ziele haben. Wir müssen durch die Verbesserung des Wohnungsbestandes, durch Maßnahmen der Stadtsanierung, der Wohnungsmodernisierung und durch Eigentumsmaßnahmen, wodurch natürlich auch alte, billige Sozialwohnungen freigemacht werden, das soziale Angebot an die betreffenden Bevölkerungsgruppen erhöhen.

■ SOLIDARITÄT

Reden ist Silber – Helfen ist Gold

„Mit der Aktion ‚Reden ist Silber — Helfen ist Gold‘ setzt die Bundesregierung ein Zeichen für praktische Solidarität, für gelebte Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit und nicht zuletzt auch für ein neues Verständnis von Sozialpolitik, das staatliche Leistungen ebenso umfaßt wie freiwillige soziale Dienste“, erklärte Heiner Geißler anlässlich des Starts dieser Initiative.

Er unterstrich dabei ausdrücklich, daß für die Bundesregierung soziale Initiativen als Ergänzung und nicht als Ersatz für den Sozialstaat gelten. „Das soziale Netz des Staates muß bleiben, und es muß wetterfest gemacht werden. In Zeiten knapper Kassen muß sich die soziale Gerechtigkeit erst eigentlich bewähren. Niemand, der Hilfe braucht, wenn er alt oder krank oder arm ist, darf in seinem Anspruch auf Hilfe und in seiner sozialen Sicherheit davon abhängen, ob freiwillige soziale Dienste erreichbar sind — oder nicht. Aber wahr ist auch: Menschen in Not suchen nicht nur materielle Sicherheit, sondern auch menschliche Zuwendung und Geborgenheit. Das soziale Netz des Staates muß deshalb verknüpft werden mit einem sozialen Netz der Nächstenliebe, das Menschen miteinander und füreinander bilden“, sagte der Minister.

„Die Aktion sozialer Initiativen ‚Reden ist Silber — Helfen ist Gold‘, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, soll Beispiele von privater Selbst- und Nächstenhilfe aufspüren und auszeichnen: Wir setzen auf die ansteckende Kraft guter Vorbilder. Diese Aktion

wird, davon bin ich überzeugt, zeigen: Es gibt bereits in unserem Volk einen größeren Reichtum an konkreter Solidarität, als viele glauben, und die Grenzen des Wachstums an sozialen Initiativen sind noch nicht erreicht. Familie, Nachbarschaft, Initiativ- und Selbsthilfegruppen können mehr Bürgersinn und Bürgerverantwortung erzeugen, als es großen und anonymen Institutionen je möglich sein wird.

Diese Initiative soll Signalwirkung haben, um ein Umdenken in dieser Gesellschaft zu erreichen, damit nicht Verhaltensweisen wie Anpassung, Gebrauchen von Ellenbogen honoriert werden. Eigenschaften wie Nächstenliebe, Einsatzbereitschaft für den anderen und Zivilcourage müssen im Zusammenleben der Menschen wieder einen größeren Stellenwert erhalten. Die Gemeinschaft steht für den einzelnen ein. Er hat Anspruch auf persönliche Zuwendung und Hilfe. Das ist sein Recht auf Solidarität. Der einzelne steht aber auch für die Gemeinschaft aller ein. Das ist seine solidarische Pflicht. Solidarität erfordert persönliche Leistung und gibt ihr den sozialen Sinn“, sagte Heiner Geißler.

Mit 25000 Plakaten und 3 Mio. Faltblättern, die ab Dienstag, 8. November, in allen Postämtern der Bundesrepublik auf die Aktion „Reden ist Silber — Helfen ist Gold“ hinweisen, sollen viele Beispiele der Nächsten- und Selbsthilfe erfaßt werden, die zur Nachahmung anregen. Die herausragendsten Beispiele werden 1984 in einer Broschüre zusammengefaßt. Besonders nachahmenswerte Initiativen einzelner oder Gruppen werden im Frühjahr in Bonn von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesfamilienminister Heiner Geißler ausgezeichnet.

Die Aktion wird im Auftrag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln, durchgeführt. Die Gesamtkosten für diese Aktion betragen 1,1 Mio. DM.

STICHWORT:

Kohlerunde

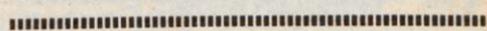
Am 10. Oktober 1983 trat in Bonn die sogenannte Kohlerunde zusammen. Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes, Vertreter der Industriege werkschaft Bergbau und Energie sowie der Bergbauunternehmen brachten ihre Anregungen und Vorschläge zur Bewältigung der Probleme im Bergbau ein.

Alle Beteiligten waren sich darüber einig, daß im wesentlichen als Folge der Stahlkrise ein nachhaltiger Förderüberhang von 10 Millionen Tonnen gegeben ist und daß die hiermit verbundene Kostenüberlast im Interesse der langfristigen Bedeutung der deutschen Steinkohle beseitigt werden muß. Beschlossen wurde u.a., den notwendigen Abbau der Förderkapazitäten der deutschen Steinkohle durch „Anpassungsschichten“ zu erreichen. Zunächst sollen 1984 und 1985 je 10 solcher Schichten eingelegt werden. Diese Maßnahmen bedeuten, daß die notwendige Anpassung der Förderung auf den Absatz ohne Entlassungen und ohne die Stilllegung ganzer Schachtanlagen zeitlich gestreckt erfolgen kann. Sichtbarster Ausdruck der schwierigen Lage des Steinkohlebergbaus sind die wachsenden Haldenbestände mit hohen Folgekosten für die Kohlewirtschaft. Die Kohlehalden haben (einschließlich der nationalen Steinkohlereserve von zehn Millionen Tonnen) mit rund 35 Millionen Tonnen ihren bisherigen Höchststand erreicht.

Der zurückgegangene Absatz der Steinkohle ist — abgesehen von konjunkturellen Gründen — in erster Linie die Folge struktureller Probleme in der westeuropäischen Stahlindustrie und damit Ben für die Kohle in diesem Sektor. So in diesem in der Vergangenheit größten Marktbereich von rund 38 Millionen Tonnen in 1980 um rund 20 Prozent auf etwa 30 Millionen Tonnen in 1982 zurück. Die

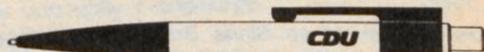
ser Absatzeinbruch kann auch durch gestiegene Lieferungen an die Elektrizitätswirtschaft von z.Zt. 36 Millionen Tonnen nicht kompensiert werden. Die Bundesregierung hat zugesagt, dem deutschen Steinkohlebergbau auch in Zukunft die Unterstützung zu geben, die zur Überwindung der gegebenen Schwierigkeiten unabweislich ist und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten liegt. Wie in anderen Wirtschaftsbereichen muß es aber in erster Linie Aufgabe und Verantwortung der Bergbauunternehmen selbst bleiben, die notwendigen Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen.

Ein maßgeblicher Gesichtspunkt für die Gewährung von staatlichen Hilfen ist dabei vor allem, daß auch künftig auf den Beitrag der deutschen Steinkohle für den deutschen Energiemarkt nicht verzichtet werden kann, damit die Versorgungssicherheit der an sonstigen Energiequellen armen Bundesrepublik gewährleistet bleibt. Gleichzeitig ist auch die erhebliche regionalpolitische Bedeutung zu sehen, die dem deutschen Steinkohlebergbau für die Bergbaureviere (Ruhrgebiet, Saarland, Aachener Revier, Ibbenbüren) zukommt. Hohes Gewicht haben daher auch Gesichtspunkte der sozialen Verträglichkeit, um den von strukturellen Änderungen in der Kohlewirtschaft betroffenen Arbeitnehmern zu helfen.



NEU

CDU-Kugelschreiber



Der neue CDU-Kugelschreiber ist da. Mit Kunststoff-Klipp und schwarzer Spitze. Mit matter Oberfläche und dokumentenechter Kunststoffmine mit Messingspitze. Schwarze Schrift. Er kann ab sofort über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold bestellt werden.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
 Preis pro Mindestabnahme: 17,50 DM
Bestell-Nr.: 9428

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Börners Umfall

Börner, der bis zur letzten Landtagswahl die Berührung mit den Grünen gescheut hatte wie der Teufel das Weihwasser, der sie vor Jahresfrist sogar in die geistige Nähe des Faschismus gerückt hatte, ist nun um des Erhaltes der Macht für sich und seine Partei bereit, mit ihnen zu paktieren. Eine rotgrüne Zusammenarbeit in Hessen wäre das erste Bündnis solcher Art auf Landesebene. Welche Dimensionen Börners Wende angenommen hat, wird daran deutlich, daß er dieser Allianz nun sogar „Modellcharakter“ zubilligen möchte. Ein solches Zukunftsmodell entspricht jedenfalls ganz den Vorstellungen des Bundesvorsitzenden Brandt von einer linken Mehrheit jenseits der Union.

Daß bei dem Versuch zur Schaffung eines rotgrünen Bündnisses der Teufel im Detail steckt, weiß Börner genau. Und falls es wirklich zustande kommen sollte, müßte es zumindest eine Legislaturperiode lang Bestand haben. Die Zweifel daran sind groß. Nun muß Börner den Sprung ins Ungewisse wagen. Er ist der Gefangene seines eigenen Umfalls.

General-Anzeiger Bonn, 7. November 1983

★

Die SPD sucht im Sinne Brandts nach der Mehrheit links von der CDU. Diesen Weg geht

nun auch Börner mit, der einst die Grünen weit von sich gewiesen hatte. Wie wenig wohl ihm dabei ist, darauf weist sein beschwörender Satz, die SPD werde sich von niemandem erpressen lassen. Aber wie soll die SPD grüne Erpressung abwehren, da sie innen immer grüner und also nach außen, gegenüber den Grünen immer schwächer wird?

**Frankfurter Allgemeine Zeitung,
7. November 1983**

★

Der gleiche Regierungschef, der sich noch vor einem Jahr am liebsten mit der gewaltsam geschwungenen Dachlatte gegen grüne Protestler zur Wehr gesetzt hätte, entdeckte nunmehr auf dem hessischen Landesparteitag „staatspolitisch wichtige Aufgabe, diese neuen Schichten für die parlamentarische Demokratie zu gewinnen“. Die nobel erscheinende Begründung kann das tatsächliche Dilemma nicht verbergen: Ohne die Grünen läuft für die SPD Hessen nichts mehr.

Börner, bisher ein Mann mit respektablen Grundsätzen und konsequenter Haltung, ist von seiner Partei erbarmungslos in die Zange genommen worden. Grundsätze und Haltung sind auf der Strecke geblieben. Der Verfall wurde auf dem Parteitag mit einem beachtlichen Vertrauensvotum honoriert. Die Minderlichung von Börners Glaubwürdigkeit und persönlichem Ansehen hingegen läßt sich nicht ausgleichen.

Kölnische Rundschau, 7. November 1983

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Hans Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41 11. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verantwortung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID